

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 3/17

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Im Märzen der Bauer den nächsten Acker doch nicht zubaut?

Einleitung B-Plan Tinkrathstr. erneut verschoben: Gut so!

Die angekündigte Einleitung des Bebauungsplans für den Acker Diepenbeck/Velauerstr/Tinkrathstr.in der Bezirksvertretung 1 am 3.11. sowie im Planungsausschuss am 8.11.16 wurde damals überraschend kurzfristig wieder von der Tagesordnung genommen. Auch im Planungsamt weiß man, wie heikel das gesamte Vorhaben ist und dass es nicht ohne gehörigen Widerstand durchgezogen werden könnte. Dann sollte die Einleitung des B-Plans in der BV am 10. März und dem Planungsausschuss am 6. April erfolgen. Ende Februar aber konnten die MBI in Erfahrung bringen, dass auch diese Termine erneut verschoben wurden. Es scheint also immer noch kein Konzept vorzuliegen, auf das sich Schulten-Baumer & Co mit der Stadt hätte einigen können, warum auch immer. Die Einleitung des B-Plans kann nun frühestens in der Sitzungsfolge BV 1 am 27. April und Planungsausschuss am 30. April erfolgen. Wenn dem so sein wird, werden die MBI zusammen mit Anliegern zu einem erneuten Treffen im Vorfeld der BV-Sitzung einladen, wenn/falls dann die konkrete Planungsvariante auch auf dem Tisch liegt.

Die medl, die überhöhten Gaspreise und die WAZ

Ende August 2016 schrieben die MBI: "Seit Jahren werden Energieversorger dazu angehalten, die Verbilligung auf den internationalen Gasmärkten an ihre Kunden weiterzugeben. Erstmals senken die Essener Stadtwerke ihre Gaspreise, wozu in Mülheim jedoch sämtlicher Wille fehlt. Der Mülheimer Energieversorger Medl weigert sich partout, die Preise zu senken und verlieh dieser Position mithilfe eines gutmütigen WAZ-Artikels Ausdruck. Als Grundversorger trägt Medl zusätzliche Verantwortung, eine faire und transparente Preispolitik an den Tag zu legen!" Im Zuge der Preissenkungen in Essen hatten die MBI damals die Medl dazu aufgefordert, die deutlich gesunkenen Einkaufspreise auch in MÜLHEIM an den Endnutzer weiterzugeben. Dies wurde in der WAZ abgetan, da keine Vergleichbarkeit zwischen Mülheim und Essen in Sachen Gasversorgung existiere. Obwohl die MBI nachweisen konnten, dass die Preisvergleiche in der WAZ mehr als hinkten, korrigierte die Zeitung das nicht. Nun, kurz vor Ende der Heizperiode, entdeckt die WAZ das Thema neu, "natürlich" ohne die MBI zu erwähnen.

NRW-Frauenfördergesetz verfassungswidrig, Rot-Grün bleibt stur!

Auch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts zur Neuregelung der Frauenförderung im NRW-Landesdienst ist eindeutig. Nach ähnlichen Entscheidungen durch gleich mehrere Verwaltungsgerichte konnte in der Landesregierung eigentlich niemand damit rechnen, dass man mit dem angerichteten Beförderungschao als Verfassungsbruch durchkommt. Statt den goben Fehler einzugestehen und das Dienstrecht zurück in verfassungskonformen Rahmen zu holen, will die rot-grüne Landesregierung nun den Verfassungsgerichtshof und danach den Europäischen Gerichtshof einschalten. Diese **ideologische Halsstarrigkeit** geht nicht nur zu Lasten von Männern und Frauen, er offenbart auch eine schlimme Missachtung des Grundgesetzes durch diese Landesregierung! Federführend bei der Durchsetzung der haarsträubenden Geschichte war und ist Ministerin Steffens (Grüne) aus Mülheim!



Auf den folgenden Seiten:

- Erschreckend niveaulose Mülheimer Demokratie in Rat und Mobilitätsausschuss S. 2
- MBI-Anfrage brachte es ans Licht: Bei ÖPP-Projekten ist fast alles strittig und für die Stadt teuer! S. 3
- Warum die Stadt Mülheim in die RWE-Falle hineinmanövriert wurde, wider besseres Wissens S. 4

Einlegeblatt: Erdogan in Oberhausen mit geschenktem Heimvorteil? Die alte und die neue "Macht vom Niederrhein" Oder: Demütigung des Ruhrgebiets als gescheitertem Multi-Kulti-Land?

Erschreckend niveaulose Mülheimer Demokratie

Nach dem peinlichen Hauptausschuss einzig zur bedenklichen Bonan-Saga waren auch die folgenden Sitzungen von Mobilitätsausschuss und Rat eher Veranstaltungen zum Abgewöhnen. Der Zustand der kommunalen Demokratie in Mülheim ist besorgniserregend!

Mülheimer Kommunaldemokratie-zwischen Ratlosigkeit und Kinderkram!?

Am 16. Feb. war Ratssitzung der Stadt Mülheim mit 2 MBI-Punkten:



1.) zur bevorstehenden Gründung der MRR (Metropolregion Rheinland) als Konkurrenz zum RVR mit Duisburg und dem Kreis Wesel als Doppelmitgliedern am 20. Februar..

Dezernent Vermeulen trug vor, dass Duisburg und Kreis Wesel halt auch mit den Städten am Rhein kooperieren würden. Eine Gefahr für den RVR sah er nicht. Na denn.

2.) zum weiteren Vorgehen bei der Suche nach einem neuen SWB-Geschäftsführer:

Am 20. März würde die Vorgehensweise im Aufsichtsrat beschlossen, war die Auskunft, und alles würde nach Recht, Gesetz und Vorschriften gemacht, blablabla. Von Mitbestimmung des Rates oder der Fraktionen kein Wort. Das läßt nichts Gutes vermuten. Kommt nach den peinlichen Fehlentscheidungen zu Bonan als ÖPNV-Geschäftsführer, von Mendack zum Bonan-Nachfolger und der abgängigen hochgelobten Innenstadtmanagerin die nächste bedenkliche Personalie? Zur Erinnerung: Beim letzten und vorletzten SWB-Geschäftsführer wurden alle in Frage kommenden Kandidaten vorher durch die Fraktionen geschickt.

Eigentlich stand sonst wenig auf der Tagesordnung. Doch zwei Punkte kamen als Tischvorlagen und wurden trotz mangelnder Eilbedürftigkeit von Ratsmehrheiten zu TOPs gemacht:

Zum einen der Antrag von SPD, Grünen, Linken, Bicicci und Tuncer zur Ablehnung von Abschiebungen nach Afghanistan, was auch so mehrheitlich beschlossen wurde, obwohl die Angelegenheit nicht wirklich zu den Kompetenzen eines Stadtrates zählt.

Zum zweiten ein SPD-Antrag mit Fragen zur angeblichen „Maulkorb“-Affäre, von der niemand weiß, was das bezweckte. Mit den Stimmen von SPD, BAMH und Alfa wurde der Quatsch auf die TO gesetzt. Angeblich war dem MWB-Chef und ex-SPD-Vorsitzenden Esser evtl. ein Gespräch mit dem Planungsdezernenten gegen den Strich gegangen. Esser und/oder SPD ließen die Zeitungen daraus eine „Maulkorb-Affäre“ machen, was die SPD aufgriff, um erneut dem Planungsdezernenten im Rat eins auszuwischen zu können, eine sehr platt inszenierte Geschichte, einer Ratssitzung völlig unwürdig. Als der MBI-Sprecher seine Stellungnahme dazu abgeben wollte, wurde er in 3 Anläufen durch Gebrüll aus den SPD-Reihen daran gehindert. Er verließ daraufhin unter Protest die Sitzung, deren Niveau schwerer intellektueller Beleidigung gleichkam.

Am 14. Feb. war Wirtschaftsausschuss, der auch für Mobilität und damit ÖPNV zuständig ist, mit 5 MBI-Punkten:

- 1.) zu Verspätungen nach der Taktänderung zu Jahresbeginn zu berichten
- 2.) zum Zustand der Gleise der 102 zwischen Hbf. und Aktienstr. und zur mangelhaften Haltewunschtaaste für Schwerbehinderte
- 3.) die im Juni letzten Jahres eingestellte Buslinie 132 von Mintard bis Heißen in ihrer alten Streckenführung in den neuen NVP wieder aufzunehmen.
- 4.) zur Aufhebung des Umsteigeverbots bei Kurzstreckentickets
- 5.) zur Gesamtproblematik des ÖPNV: Fusionsprozess, Direktvergabe und neuer NVP, den Ausschuss fortlaufend in jeder Sitzung zu informieren.



Es lohnt kaum, über die „Ergebnisse“ – sprich Vertröstungen, Halb- und Fehlinformationen und Entscheidungsunfähigkeiten – noch im einzelnen zu berichten.

Der gesamte Ausschuss war erneut eine einzige Bankrotterklärung zum größten Problemfeld von Stadt und Region, dem ÖPNV!

ÖPP-Projekte: Schlimmer als erwartet: Fast alles strittig und für die Stadt teurer! ÖPP und Transparenz bzw. demokratische Kontrolle wie Feuer und Wasser?

ÖPP ist das eingedeutschte PPP (public private partnership), eine besonders perfide Form der Privatisierung von Grunddaseinsvorsorge. Der private "Partner" baut oder saniert z.B. eine Schule, Rathaus, Feuerwehr, Bücherei oder Kindergarten und betreibt dann das Gebäude für 25 oder 30 Jahre. Die Stadt braucht dafür keine müde Mark als Investition im Haushalt auszuweisen, denn sie zahlt sowohl Sanierung wie Betreibung als Miete (meist im eigenen Gebäude!) über Jahrzehnte für ihre Pflichtaufgabe, und zwar ohne Widerspruchsrecht ("Forfaitierung mit Einredevorzicht"). Über diese Art der Umwegfinanzierung kann die Stadt praktisch Investitionen tätigen, auch wenn das vom Haushalt her nicht mehr erlaubt wäre. Dass dies insgesamt immer viel teurer wird, ist eigentlich logisch. Eine erneute MBI-Nachfrage im Finanzausschuss nach Problemen mit ÖPP-Projekten, brachte ans Licht, dass alleine bei den 3 PPP-Schulen seit Jahren massenhaft Konflikte mit dem Betreiber Strabag bestehen. Es handelt sich bereits um etliche Millionen und gerichtliche Auseinandersetzungen. Das ist nicht wirklich überraschend, dennoch war selbst die MBI-Vertreterin H. Godbersen überrascht: "Es ist ja fast alles strittig" so ihr Fazit. "Völlig undurchsichtig" lautet der WAZ-Kommentar. Genau das gehört zum Wesen von ÖPP-Projekten!

Die Stadt Mülheim und die Strabag liegen bei ÖPP-Kosten wegen Baumängeln beim Karl-Ziegler-Gymnasium seit Jahren im Clinch, bis vor kurzem völlig im Geheimen! Zufall? Nein, weil elementarer Bestandteil von PPP-Projekten! Ohne das Rätselraten um die Herkunft der Mumie aus den Kellern der Schule hätte niemand etwas erfahren, weder die Öffentlichkeit, noch die politischen Gremien. Eine MBI-Anfrage im Nov. 16 brachte dann Erstaunliches ans Tageslicht.

Im Feb. 17 wollten die MBI deshalb wissen, was bei den diversen PPP-Projekten noch alles bisher unter dem Deckel gehalten wurde. Und siehe da: Alleine bei dem großen PPP-Schulprojekt ist alles noch viel schlimmer als befürchtet. Der WAZ-Kommentar „Völlig undurchsichtig“ trifft den Nagel auf den Kopf. Die MBI-Ratsfrau wird in dem Artikel, der unten auszugsweise zu lesen ist, so zitiert: „*Ich bin über den erheblichen Umfang überrascht. Es ist ja fast alles strittig.*“

WAZ 15.2.17: **Schul-Sanierungen: Stadt Mülheim hat massive Probleme mit ÖPP-Partner Strabag**

Im Sommer 2012 war die Sanierung der Luisenschule abgeschlossen (Bild rechts). Heute streiten Stadt und Strabag über Feuchtigkeitsschäden.

Nach den drei Schulsanierungen streiten die Stadt Mülheim und ihr ÖPP-Partner und Strabag an zahlreichen Fronten. Es geht um eine Millionensumme. Der Leiter des städtischen Immobilienservice, Frank Buchwald, hat erstmals öffentlich massive Probleme der Stadt mit der öffentlich-privaten Partnerschaft zur Sanierung und Rückmietung von drei Schulen eingeräumt. Dem Vernehmen nach streitet sich die Stadt mit dem Vertragspartner Strabag aktuell gar um mindestens 3,5 Millionen Euro, öffentlich wurde bislang nur eine Summe von 400 000 Euro für die Sanierung von Feuchtigkeitsschäden im Karl-Ziegler-Gymnasium benannt.....



Dem Vernehmen nach streitet sich die Stadt mit dem Vertragspartner Strabag aktuell gar um mindestens 3,5 Millionen Euro, öffentlich wurde bislang nur eine Summe von 400 000 Euro für die Sanierung von Feuchtigkeitsschäden im Karl-Ziegler-Gymnasium benannt.....

Die MBI hatten einen Bericht zur gerichtlichen Auseinandersetzung am Karl-Ziegler-Gymnasium aufgegriffen und den Immobilienservice für den Finanzausschuss mit Fragen gelöchert. „ Es ist ja fast alles strittig, stellte MBI-Ratsfrau Heidelore Godbersen mit Erstaunen fest. Von der Strabag werde offenbar versucht, jede vertragliche Regelung zu ihren Gunsten umzudeuten, so IS-Chef Buchwald. Nur aufgrund der MBI-Anfrage kam zutage, dass auch an der Luisenschule gestritten wird“

Stadt und Strabag liegen über Kreuz bei Energieversorgung, Vandalismus-Schäden, Instandhaltungsmängeln, dem sog. Hausmeisterbonus, der Zuführung eines Teils der Miete auf ein Rückstellungskonto uswuf.. Des Öfteren musste die Stadt auf eigene Kosten tätig werden, habe dafür Miete zurückgehalten und auch das liege alles vor Gericht. Der Städtische Immoservice (IS) ist über die Maßen personell beschäftigt nur mit den Problemen dieses ÖPP-Projekts. Laut WAZ hat der IS vor geraumer Zeit dafür extra eine ÖPP-Koordinatorin abgestellt.

Zahlen zu diesen Folgekosten wurden nur nicht-öffentlich gegeben, weil ja Betriebsgeheimnisse der privaten Firma. Laut WAZ soll es sich bisher bereits um ca. 3,5 Mio. € handeln für das ÖPP-Projekt mit der Strabag für 3 große Schulen im Paket (Karl-Ziegler- und Luisengymnasium sowie Willy-Brandt-Gesamtschule Styrum).

Warum die Stadt Mülheim in die RWE-Falle hineinmanövriert wurde, wider besseres Wissens



Der RWE-Vorstand hat die erneute Aussetzung der Dividende verkündet. Die kommunalen Aktionäre halten derzeit noch knapp 24 Prozent an RWE, und zwar an der "alten" RWE, die vor Monaten ihre Tochter Innogy ausgegründet hat, in der alle zukunftsreicheren Aktivitäten angesiedelt wurden. Wie genau sich die Aktien an dem Mutterkonzern mit seinen Verlustbringern wie Braunkohle oder AKWs entwickeln werden, ist höchst ungewiss.

Die Stadt Bochum will ihre RWE-Aktien auch schnellstmöglichst verkaufen, Essen prüft das und etliche andere RWE-Kommunen auch. **Und was macht Mülheim? Nobody knows.** Womöglich muss dafür erst gefragt werden, was der RWE-Zentrale und/oder der ex-OB als Aufsichtsrätin genehm wäre, oder was?. Der neue SPD-OB jedenfalls bedauerte die erneute Null-Dividende, womit man nicht gerechnet habe. **Wie bitte, geht es noch blauäugiger?** Kämmerer Bonan hatte 13 Cent Dividende für jede RWE Aktie im Etat 2017 angesetzt. Nun muss das Loch von 1,3 Mio. anders gestopft werden.

Mülheim/Ruhr, nach Oberhausen inzwischen die Stadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in NRW, hat im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl mehr als doppelt so viele RWE-Aktien wie Essen und dreimal so viele wie Dortmund. Der Mülheimer Kämmerer musste 2014 bei der endlich gesetzlich vorgeschriebenen Realbewertung der RWE-Aktien für den Jahresabschluss 2013 die über Jahre angesetzten Höchstwerte der Aktie aus 2007 korrigieren. Damit war die kleine Großstadt mit einem Federstrich um 468 Mio. € ärmer und ist seither auch bilanziell hoffnungslos überschuldet, will aber weiter an den fast wertlosen 10 Millionen RWE-Aktien festhalten.

Seit über 10 Jahren haben die MBI gefordert und beantragt, sich von den Aktien zu trennen. Vor Jahren hätte man 90 später 50 € pro Aktie erzielen können, heute vielleicht noch 10 €, wenn man Glück hat.

Eine der ganz großen politischen Fehlentscheidungen von Mülheim war das viel zu lange eiserne Festhalten an den RWE-Aktien als dem mit Abstand größten, veräußerbaren Besitz der Stadt. Warum war das so?

Die Fehlentwicklung und der Absturz des Energiekonzerns war nämlich seit längerem offensichtlich, dazu brauchten auch die MBI keinen besonderen Sachverstand oder gar teure Berater. Warum dann blieben die MBI über viele Jahre ganz alleine mit der Forderung, sich als Stadt unabhängiger vom RWE zu machen? (Erst ganz zuletzt kamen mit den Grünen und nach den Wahlen mit ALFA andere Gruppierungen zu ähnlichen Forderungen.)

Ex-OB Mühlenfeld und ex-Kämmerer Bonan (im Bild rechts mit der Mülheimer Ministerpräsidentin Kraft) haben über Jahre alles bzgl. RWE-Aktienverkauf blockiert und die ganz großen Ratsmehrheiten folgten ihnen immer wieder brav, aber wider besseren Wissens!

Seit Frau ex-OB Mühlenfeld im erlauchten RWE-Aufsichtsrat saß, war der mögliche Verkauf der Aktien Tabuthema in Mülheim.

Ihr treuer Gefolgsmann, Kämmerer Bonan, verkündete ein ums andere Mal zu MBI-Anfragen oder -Anträgen mit wenig sachgerechten Ausreden, warum unbedingt an den abstürzenden Aktien festgehalten werden müsse. So kam es, wie es vorhersehbar kommen musste.

Nur die beiden Hauptverantwortlichen haben mit dem Desaster nichts mehr zu tun, im Gegenteil: Frau ex-OB ließ sich nach dem Ausscheiden als OB über Frauenquote wieder in den RWE-Aufsichtsrat wählen. Nun darf sie die Aufsichtsratsstaniemen von zuletzt "nur" noch 130.000 €/Jahr für ca. 4 Sitzungen auch "endlich" alle behalten und muss sie nicht mehr an die Stadt abführen.

Der ex-Kämmerer, alias ex-Bonanopulos, ließ sich zum Geschäftsführer der neuen Verkehrsgesellschaft Essen/Mülheim machen, obwohl nicht gerade ÖPNV-Experte. Nun verdient er das Dreifache wie als Kämmerer, wofür er erst relativ kurz vorher wiedergewählt worden war.

Die Haushaltskatastrophe, die er hinterläßt, sollen dann andere lösen, am besten Land und Bund oder vielleicht die EZB, wenn sie Mülheim mit den Griechen in einen Schuldenpott wirft.



**Erdogan in Oberhausen mit geschenktem Heimvorteil?
Die alte und die neue „Macht vom Niederrhein“ Oder:
Demütigung des Ruhrgebiets als gescheitertem Multi-Kulti-Land?**

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat das Buch „Wer ist die Macht vom Niederrhein und vom Ruhrpott sowieso?“ über „Rot-Weiß Oberhausen – Fußball VereinsFamilie“ veröffentlicht. Im Einband schreibt der LVR: „Wofür steht RWO? Auch RWO hat Kultur und ist Kultur, symbolisiert und repräsentiert mehr als nur das Spiel als solches.....“



Der Traditionsverein Rot Weiß Oberhausen (häufig auch als „St. Pauli des Ruhrgebiets“ mit ähnlichem Kultstatus als „Malocherclub“ bezeichnet) kämpft gerade in der Regionalliga praktisch ums Überleben. Am Samstag, dem 18. Feb. 2017, um 14:00 Uhr sollte die Partie Rot Weiß Oberhausen – Borussia Dortmund U23 stattfinden. Ein großer Teil der BVB-Anhänger plante eine Reise nach Oberhausen, um die Zweitvertretung zu unterstützen. Unterstützt werden sollte der „Stammkern“ von den gesperrten Fans der Südtribüne nach dem Leipzig-Spiel werden. Somit wären voraussichtlich ca. 5000 Fans aus Dortmund zu dem Regionalliga-Duell angereist. In Verbindung mit den eigenen Fans wäre eine Zuschauerzahl von rund 6500 realistisch gewesen. Für RWO bedeutete dieser Andrang Umdisposition, da eine erhöhte Anzahl von Sicherheitskräften, Catering, Personal etc. benötigt worden wäre. Diese Maßnahmen ergriff RWO, um den Zuschauern ein tolles Regionalligaspiel im traditionsreichen Niederrheinstadion zu ermöglichen.

**Dann der Schock, die kurzfristige Absage durch die Polizei wegen der Türkenveranstaltung am CentrO als Wahlkampf für die türkische Volksabstimmung zur Erweiterung der Machtfülle von Präsident Erdogan. Angeblich gab es nicht mehr genug Polizeikräfte, um das Fußballspiel zu sichern. Doch das stimmt so zumindest nicht ganz (gelinde gesagt), denn die Parkplätze am Niederrhein-Stadion wurden benutzt, um das Riesenaufgebot der Polizei zum Schutz der Türken-Wahlveranstaltung und möglicher Gegendemos dort zu stationieren und zu versorgen!
Ganz am Rande: Die Umsatzeinbußen des CentrO durch die ganze Geschichte interessierten anscheinend auch niemand**

Das BVB-Spiel war für den klammen RWO, der von der bankrotten Stadt mit der höchsten Pro-Kopfverschuldung in Deutschland keine Unterstützung erhält, die mit Abstand größte Chance der gesamten Saison. Und die wurde dann der türkischen Innenpolitik geopfert!

Doch wenn es darum geht, den Erdogan-Türken zu Gefallen zu sein, da müssen selbst die notleidenden Kleeblättler aus dem Niederrhein-Stadion Opfer bringen, ob sie wollen oder können oder auch nicht. Gefragt wurde RWO vor der überraschenden Absage nicht!

OBERHAUSEN als Erdogan-Heimspiel: Verqueres Deutschland, oder doch nicht?

“Niemand zwingt dieses Volk in die Knie. Hier in Oberhausen ist der Beweis”, so der türkische Ministerpräsident



Yildirim. Der tosende Applaus seiner Zuhörer war ihm gewiss (Zitat aus WAZ vom 18.2.17). Er kam direkt von der Sicherheitskonferenz in München zum „Heimspiel“ nach Oberhausen. Angeblich soll er Frau Merkel kurz vor Abreise aus München versprochen haben, sich zurückzuhalten. Davon war dann vor 10.000 fanatischen Erdo-Fans nichts mehr zu spüren.

Yildirim zeigte sich mitten in Deutschland insgesamt völkisch, nationalistisch und kampfbereit im Auftrag seines großen „Anführers“ Auch viele andere Slogans auf dieser fanatisierten Veranstaltung mitten in der deutschen Stadt mit der allerhöchsten Pro-Kopf-Verschuldung wirkten wie aus den 20er und 30er Jahren. Warum aber ist er so sicher, dass sich „niemand“ den bedrohlichen Gleichschaltungsvorgängen, verbunden mit gefährlicher Islamisierung, in der Türkei in den Weg stellen kann und wird? Vielleicht, weil er sicher ist, dass diese Türkei in NRW, vorneweg in der SPD-Muttermilchstadt Oberhausen Heimrecht genießt?

Zur Erinnerung und zum Vergleich:

2 Wochen zuvor veranstaltete die AFD in Oberhausen ihren Landesparteitag zur Aufstellung des Wahlprogramms für die NRW-Landtagswahl im Mai. Als das bekannt wurde, beschloss der Rat Oberhausens sofort, das müsse sofort abgesagt werden. Gerichtlich war das nicht durchzuhalten, deshalb bildete sich ein breit angelegtes Bündnis gegen die AFD-Veranstaltung von Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, ANTIFAS usw., das mit Tausenden demonstrierten und nur durch massive Polizeikräfte gehindert wurde, das Zustandekommen des AFD-Parteitags zu verhindern oder zu stören. Nun ist die AFD weder verboten, noch hat sie eindeutig verfassungswidrige Passagen im Programm – weder die Forderung nach Todesstrafe, noch die Verfolgung und Ausmerzungen Andersdenkender, noch die willkürliche Definition von bestimmten Volksgruppen, Journalisten, Religions- oder Berufsgruppen zu Staatsfeinden und damit zu Freiwild. Auch wenn die AFD sich auf dem Boden der Verfassung bewegt, befürchten manche, sie könne anderes unausgesprochen im Schilde führen und wehe, wenn sie an die Macht käme. Dagegen darf man in Deutschland, anders als in der Türkei, unbehelligt demonstrieren und bekommt gute Presse, obwohl es nicht besonders demokratisch ist, wenn man verunmöglichen will, dass eine erlaubte Partei sich auch nur irgendwo treffen kann.

Nur 2 Wochen später dann in der gleichen deutschen Krisenstadt in der SPD-Herzammer Ruhrgebiet eine viel größere Wahlveranstaltung auch noch eines ausländischen Staatsoberhauptes, der 10.000 hier lebende Menschen dazu aufruft, für völlig mit der deutschen Verfassung unvereinbare Forderungen zu stimmen, ob Todesstrafe, Kurden-, Christen- oder Alewitenverfolgung, Führerkult, Aufhebung jeder Meinungsfreiheit, von Religionsfreiheit o.ä. ganz zu schweigen. Und Zehntausende jubeln dem frenetisch zu, schwenken Fähnchen mit dem Führerbild und singen hochgradig nationalistische Lieder. Nun hätte man vermuten können, die zig-tausende Demonstranten gegen den AFD-Parteitag, denen so sehr am Herzen gelegen hatte, nie wieder Faschismus, Nationalismus und Rassismus auf deutschem Boden entstehen lassen zu wollen, würden empört gegen genau das auftreten, wenn es auch noch recht offen und auf deutschem Boden propagiert wird. Doch FEHLANZEIGE. Nur wenige Demonstranten ließen sich in Oberhausen blicken gegen diese Ungeheuerlichkeit, wofür das Ansehen Deutschlands als souveräner Staat in der Achtung europa- und weltweit nicht gerade gestiegen sein dürfte.

Für viele Despoten bis Desperados aus den unzähligen Krisenländern insbesondere unter islamischem Einfluss ist das Signal dagegen eindeutig: Ab nach Deutschland, solange es noch existiert, dort gibt es viel zu holen und keine Gegenwehr.

Auch wenn die Schönrederei und die Berufsrelativierer zwischen Flensburg und Garmisch, mehr noch zwischen Aachen und Bielefeld, am meisten aber zwischen Duisburg und Dortmund diese Demütigung der Demokratie oder die zwar hochgelobte, aber gescheiterte Integrationskraft in Deutschland wegreden werden, bedroht genau das den dauerhaften Fortbestand der EU wahrscheinlich mehr als neue NATO-Doktrinen von TRUMP oder was zur Zeit alles so als Bedrohung gehandelt wird.

Wer im Innern seines Landes nicht mehr Herr im Hause ist, wird außen nicht wirklich ernst genommen, außer als Zahlmeister, logo. Alle Potentaten, Diktatoren und Geschäftemacher verstehen diese Symbolik sehr gut, nicht nur Putin oder Erdogan, auch in Ägypten, Syrien, Irak, Marokko, Algerien, Libyen oder, wo auch immer, viele EU-Länder und der Balkan eingeschlossen.

Oder glaubt jemand wirklich, Merkels fromme Sprüche von offener Gesellschaft, Demokratie und Menschenrechten würden wirklich noch ernst genommen, wenn sie zu Hause zu der türkischen Provokation in



Oberhausen nur noch wortkarg und hilflos wirkt oder aber scheinheilig wie jene selbst ernannten „Anständigen“, die massiv gegen die AFD auftraten, aber zur Yildirim-Veranstaltung schwiegen?

Deutschland als wehrhafte Demokratie scheint deutlich „in die Knie gezwungen“, so sieht es sicherlich die türkische Staatsführung. Das im Bild links in der Köpi-Arena am Centro häufig geschwungene Fähnlein sagt eigentlich alles.